

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark. für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: **Volkszeitung Leipzig**  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72203

**Inseratenpreise:** Die 10gepalt. Kolonelleile 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg. Stellenangebote 10gep. Kolonelleile 25 Pfg. Familiennachrichten von Verwandten die 10gep. Kolonelleile mit 50% Nachsch. Neffameseile 2 Mt. Inzerate v. ausw.: die 10gep. Kolonelleile 40 Pfg. bei Platzvorrat. 50 Pfg. Neffameseile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Der Bund der Diktatoren

### Ein Interview Mussolinis für Revision der ungarischen Grenze

U London, 28. März.

Die Daily Mail veröffentlicht ein Interview ihres Besitzers Lord Rothermere mit Mussolini. Lord Rothermere bezeichnet als größtes Verdienst Mussolinis seinen Kampf gegen den Bolschewismus, durch den er diesen von Westeuropa ferngehalten habe. Mussolini werde vielleicht einmal in der Geschichte des 20. Jahrhunderts einen Namen haben, wie Napoleon in der des 19. Jahrhunderts. Im Verlauf des Interviews hätte Mussolini erklärt, daß er den Frieden wünsche. Italien hätte noch einen schweren Kampf für seine wirtschaftliche Entwicklung vor sich. Verhandlungen mit dem Ausland seien für Italien untragbar. Er hätte Beweise für seine pazifistischen Absichten gegeben, indem er mit Jugoslawien, dem früheren Rivalen Italiens, einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hätte. Selbst wenn Jugoslawien den Vertrag nicht ratifizierte, würden, da beide Länder Mitglieder des Völkerbundes seien, ausreichende Mittel für die Behandlung eines Konfliktes bestehen, wenn ein solcher vorhanden sein sollte. Mussolini wies mit Genugtuung auf den Freundschaftsvertrag Italiens mit Ungarn hin und erklärte, die Durchführung der Friedensverträge müsse gesichert werden, aber dieses Prinzip schließe eine Modifizierung der Einzelheiten nicht aus, wenn eine sorgfältige Prüfung sie erwünscht erscheinen lasse. Noch nie hätte sich ein Vertrag als unanänderlich erwiesen. Mussolini unterschied jedoch zwischen den ungarischen Grenzen, wie sie durch den Trianon-Vertrag festgelegt wurden und der Grenze, die Oesterreich von Italien trenne.

Er erklärte, Ungarn könne nicht wie Italien eine geographische Grenze haben, aber es sollte eine rassenmäßige Grenze zugestanden erhalten. Der Brennerpaß, der die Grenze des neuen Italiens bildet, wäre die natürliche geographische Grenze und als solche eine Garantie für den internationalen Frieden. Der italienische Patriot Mazzini, ein entschiedener Vertreter des Prinzips der Rassenreinheit, hätte stets erklärt, daß der Brenner die natürliche Grenze für die italienische Ausdehnung darstelle. Die Tatsache, daß etwa 2000 Angehörige der österreichischen Rasse auf der italienischen Seite der Grenze lebten, könnte nicht die Sicherheit und die Einheit einer Nation von 40 Millionen beeinträchtigen. Die wegen der Italienisierung dieser österreichischen Bewohner vorgebrachten Beschuldigungen wären unbegründet. Die österreichischen Bewohner Südtirols wären italienische Untertanen mit denselben Rechten, wie die gesamte übrige italienische Bevölkerung. Mussolini hätte zum Schluß auf das außerordentlich starke Anwachsen der italienischen Bevölkerung hingewiesen und erklärt, Italien wäre gezwungen, in seinen nordafrikanischen Kolonien Tripolis und der Cyrenaika ein großzügiges Kolonisierungswerk durchzuführen.

SPD Paris, 29. März. (Radio.)

Die Erklärungen Mussolinis, daß Ungarn auf Grund des Nationalitätenprinzips Anspruch auf Revision seiner Grenzen habe, haben in der Pariser Presse einen ungeheuren Entrüstungssturm hervorgerufen. Man protestiert dagegen, daß Mussolini, der erst Albanien unterjocht hat, das Nationalitätenprinzip im Munde zu führen wage und noch dazu zugunsten Ungarns, das sich durch länderliche Vertragsverletzungen jedes Entgegenkommen verweigert habe. Der offiziöse Petit Parisien erklärt, daß Mussolini sich nur aus Feindschaft mit Jugoslawien zu derartigen Erklärungen habe hinreißen lassen, denn mit der Tschechoslowakei pflege er die besten Beziehungen und Rumänien habe er sogar die Unverletzlichkeit seiner Grenzen garantiert. Er habe sich aber einer zweischneidigen Waffe bedient, um Ungarn zu Hilfe zu kommen, denn er habe nun jedes Recht zu einer Opposition gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland oder gegen eine Revision der Brenner Grenze verwirkt. Besonders bemerkenswert ist, daß das Echo de Paris, das sich sonst sehr faschistenfreundlich geäußert hat, eine scharfe Erklärung der französischen Regierung verlangt, in der die Revisionsanträge Mussolinis rundweg abgelehnt werden müßten. (Selbstverständlich entspringt dieser ganze Entrüstungssturm nicht nur einer gegnerischen Einstellung zum faschistischen System, sondern die Angst, daß das enge Verhältnis Mussolini-Belien die südeuropäischen Interessen der französischen Außenpolitik fördern könnte. Red.)

### Mussolini und der Papst

#### Auflösung der katholischen Jugendverbände

Eine Veranstaltung der faschistischen Nationalkatholiken Italiens hatte den Zorn des Papstes gefunden, weil die Nationalkatholiken ihm nicht die gleiche Ehrerbietung wie dem Duce zuteil werden ließen. Der Papst hatte daraufhin am Montag vor den Vertretern katholischer Organisationen eine Rede gehalten, die sich gegen die Eingriffe des faschistischen Staates in seine Kompetenzen in der Jugenderschulung, Religionsfragen ufm. wendete. Mussolini hat diese Rede, wie die folgende Meldung mitteilt, mit der Auflösung der katholischen Jugendverbände beantwortet. Bisher haben sich Papst und Duce immer ganz gut vertragen, so daß vor einiger Zeit bereits die Frage einer Wiederherstellung der kirchenstaatlichen

Autorität des Papstes diskutierfähig wurde. Die Diskussion scheint jedoch inzwischen nicht weitergekommen zu sein, und wahrscheinlich ist dies nicht der letzte Anstand, der bei dem Konflikt zwischen Mussolini und dem Papst mitspielt. Daneben fällt natürlich noch eine ganze Reihe anderer Gründe ins Gewicht, die im Hinblick auf den universalen Charakter der obersten katholischen Instanzen die Wahrung der geistlichen Autorität des Papstes betreffen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß dieser Konflikt zu größeren Auseinandersetzungen führen und eine Veränderung der bisherigen päpstlichen Einstellung zum Faschismus bringen werden.

SPD Berlin, 29. März. (Radio.)

In Erwiderung auf die Papstrede vom letzten Sonntag hat Mussolini am Mittwoch das Verbot aller katholischen Jugendverbände angeordnet. Dazu führte der Diktator im Verlauf des gestrigen Ministerrats nach der Volkslichen Zeitung u. a. aus: „Die faschistische Revolution erblickt in der totalitären und allseitigen Erziehung und Vorbereitung des Italiens eine der grundlegenden Aufgaben des Staates. Wenn der Staat diese Aufgabe nicht lösen oder auch nur eine Diskussion darüber zulassen wollte, würde er damit nicht mehr und nicht weniger als seine Existenzberechtigung aufs Spiel setzen. Angesichts der Aufstellung der staatlichen Organisationen der Knaben und der Jungmänner verlieren die den anderen Jugendorganisationen bisher eingeräumten Ausnahmen jeden Tag mehr an Berechtigung, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, das bestehende Gesetz entsprechend den intransigenten und integralen Zielen des Faschismus zu revidieren.“

Die katholischen Jugendverbände bejahen bisher neben den faschistischen Organisationen noch eine gewisse Bewegungsfreiheit. Sie werden sich jetzt nach den Anordnungen Mussolinis dazu entschließen müssen, in den faschistischen Verbänden aufzugehen. Die seit Jahren bestehende Spannung zwischen Diktator und Vatikan wird damit um einen erheblichen Prozentsatz vergrößert.

### Moskau rüstet zum Königsempfang

SPD Riga, 29. März. (Radio.)

Die Sowjetregierung ist zur Zeit eifrig mit den Vorbereitungen für den Empfang des Königs von Afghanistan, Amanullah, beschäftigt. Wie die deutsche Bürgerkinderregierung, so werden auch die Bolschewisten dem Emir aus dem Wogenlande ein Palais zur Verfügung stellen. Die Gesellschaft für proletarische Kultur, die zur Zeit in diesem Palais wohnt, wird für die Dauer der Anwesenheit Amanullahs ausquartiert werden. Die militärischen Ehren sollen dem Afghanenkönig durch mehrere Regimenter erwiesen werden.

### Der Unfehlbare

Mussolini verbot die Verbreitung der Papstnote gegen die faschistische Jugendbewegung.



Mussolini: „Heiliger Vater, deine Worte sind zwar unfehlbar, aber mein Mittel dagegen ist auch unfehlbar!“

### Riß im Stahlkartell

Die Gründung der Internationalen Rohstoffgemeinschaft ist von vielen als eine Zeitenwende begrüßt worden. Viele wähten, das Zeitalter des ewigen Friedens sei angebrochen, wenn die Herren über Stahl und Eisen zu friedlichem Zusammengehen einander die Hände reichten, anstatt Helatomben von menschlicher und materieller Kraft im Kampfe um den Weltabsatz zu vergeuden. Die so hoch gespannten Erwartungen sahen sich sehr bald enttäuscht. Es zeigte sich, daß unter der trügerischen Dede des Kartellvertrags der Konkurrenzkampf weiterging, daß das Kartell also nur eine Fortsetzung des Konkurrenzkampfes mit anderen Mitteln ist. Von vornherein hatte man auf eine Festsetzung der Verkaufspreise verzichtet und sich mit einer Produktionseinschränkungsvereinbarung begnügt. Aber nicht einmal diese wurde wirklich durchgeführt, denn man erlaubte den Kartellmitgliedern die ihnen zugewiesene Produktionsmenge zu überschreiten, nur mußten sie die Ueberschreitung durch eine Strafzahlung abhüften, während die, die ihr Kontingent nicht erreichten, eine Vergütung als Belohnung bekamen. Die Vertragstheoretiker haben sich verpflichtet, einander auf den heimischen Märkten nicht ins Gehege zu kommen, also einander die Inlandsmärkte zu hemmungsloser Ausbeutung zu überlassen. Auf den Binnenmärkten hört der Konkurrenzkampf auf, zwar nicht überhaupt, aber doch unter den Kartellpartnern; auf den Außenmärkten wütel er desto heftiger, weil hier keine wirkliche gegenseitige Bindung, weder in der Höhe der Preise noch der Produktion, besteht und weil die gegenseitige Preisunterbietung mit den aus der Ausnutzung des wechselseitig garantierten Inlandsmonopols stammenden Ueberprofiten finanziert werden kann. In Deutschland hatte man sich als bedeutendstes Ergebnis der Kartellvereinbarung die Annäherung der niedrigen Auslands- an die damals schon höheren Inlandspreise versprochen. Da jedoch die gegenseitige Unterbietung nicht aufhörte, ließen die Auslandspreise nicht, sondern sanken; die Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreisen wurde nicht kleiner, sondern größer.

Der Bergarbeiterstreik in England und die Nationalisierung erlaubten der deutschen Schwerindustrie, von dem Recht zur Ueberschreitung ihres Produktionskontingents ausgiebig Gebrauch zu machen. Die vollkommene Verfügung über das Inlandsmonopol, ihre straffe Organisation und die gewaltige Senkung der Lohnquote durch Nationalisierung, also die Erhöhung zugleich der Profitrate wie der Profitmasse, erlauben ihr, die französische Schwerindustrie an ihrem Profit teilnehmen zu lassen, als Belohnung dafür, daß sie ihren Produktionsapparat, anstatt ihn voll auszunutzen, teilweise brachliegen läßt. Solange der Eisenpakt besteht, ist die Erzeugungsfähigkeit der französischen Eisenindustrie niemals voll verwertet worden. Das hat die französischen Eisen- und Stahlmagnaten nicht gehindert, die von der deutschen Kartellpartnerin gezahlte Entschädigung zum Ausbau und zur Modernisierung ihrer Werke zu verwenden. Die streng nationalen Inhaber des schwerindustriellen Monopols in Deutschland spielen sich, besonders wenn Lohnerdhöhungen und Arbeitszeiterbesserungen bevorstehen, als treue Bewahrer der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf. Wir sehen, wie sie kraft ihrer staatlich gesicherten Monopolgewalt die deutschen Verbraucher und Arbeiter zwingen, ihnen zu frohnden, auf daß nicht nur ihre eigene Konkurrenzfähigkeit, sondern auch die ihres französischen Konkurrenten gesteigert werde. Denn die an sie abgeführten Entschädigungsgelder bedeuten nichts anderes, als daß das deutsche Montanapital dem französischen die Mittel zur Finanzierung einer Expansionspolitik gratis und franco liefert.

Für die deutsche Schwerindustrie ist der Kartellvertrag dadurch nicht schmachhafter geworden, daß die Entschädigungszahlungen für Kontingentsüberschreitung höher und gleichzeitig die Auslandspreise niedriger wurden. Vor etwa Jahresfrist hat einer der Großen im Reiche der rheinisch-westfälischen Montanindustrie, der Generaldirektor Reusch von der Gutehoffnungshütte, mit dem Austritt aus dem Kartell gedroht. Es sollte eine bloße, an die Adresse der Kartellpartner gerichtete Drohung sein, deren Verwirklichung sicherlich niemals ernsthaft in Erwägung gezogen worden ist, weil der deutschen Schwerindustrie kein Preis hoch genug ist, mit dem sie sich die Erhaltung ihres Inlandsmonopols erkaufen kann. Immerhin waren die Franzosen und Belgier den Deutschen infolgedessen entgegengekommen, als sie eine Erleichterung der ihnen aus dem Kartellvertrag erwachsenden Lasten eintreten ließen. Die Entschädigung für Ueberschreitung wurde von 4 auf 1 Dollar für die Tonne herabgesetzt und ein Teil des Exportes von der Entschädigungsleistung befreit. Damit wurden die Lücken des Kartells nur geflickt, aber nicht beseitigt, denn die Konkurrenz unter den Kartellpartnern auf den besetzten Gebieten wurde damit nicht ausgeschaltet. Das ist nur möglich durch Bildung gemeinsamer Verkaufsorgani-